Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

66 (3.6.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 66
Verlag: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b—5, Tel. 4051/53

BADISCHE
NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 3. Juni 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr

In vier Jahren

New York, 2. Juni. (Dena-Reuter) Averell Harriman, der amerikanische Sonderbotschafter für den Marshallplan, vertrat am Dienstag die Ansicht, Europa werde unter dem gegenwärtigen Wiederaufbau-Programm in vier Jahren wieder auf seinen eigenen Füßen stehen.

Harriman wies jedoch darauf hin, daß eine Rückkehr der Vereinigten Staaten zu einer Politik der hohen Schutzzölle den Welthandel einschränken könne und es für Europa unter Umständen unmöglich mache, seinen Verpflichtungen im Rahmen des Marshallplanes nachzukommen.

Zwei lächeln: Laurenz Melchior, der große Tenor, und Dr. Wong Wen-Hao, Chinas neuer Premier. (Dena-Bild)

Landesbischof Wurm begründet seine Kritik an Kriegsverbrecher-Prozessen

General Clay ist beauftragt worden, eine Untersuchung einzuleiten

Stuttgart, 2. Juni. (CND) Durch eine Begründung seiner Kritik an den Kriegsverbrecherprozessen griff der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Wurm, erneut in die Diskussion über die Methoden der Prozeßführung ein. In seiner Rede vor dem in dieser Woche zusammengetretenen württemberg. evangel. Landeskirchentag in Stuttgart hob Bischof Wurm hervor, daß er die Übersendung der Anklageschriften gegen Beamte des Auswärtigen Amtes durch Dr. Kempner an ihn selbst und andere Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens als Aufforderung betrachtet habe, in dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, zumal es sich bei den Angeklagten um Persönlichkeiten handele, deren Haltung im Dritten Reich er zu kennen glaube, wie zum Beispiel die des früheren Botschafters von Weizsäcker.

Wenn er jetzt nach Beweisen gegen die Methoden der Prozeßführung gefragt werde, so müsse er betonen, daß das Material der Verteidigung in Dachau immer wieder „den Nachweis erbringt, daß in alliierten Lagern Mißhandlungen und Quälereien in scheußlicher Weise vorgekommen sind". Bedenklich sei ferner die Art, wie das Anklagematerial verschafft und verwertet wurde. Während die Angeklagten in Haft seien, suchten die Kläger in ganz Europa Zeugen, die bereit sind, gegen sie auszusagen. Als Zeugen seien mitunter ausgesprochene Verbrecher aufgetreten. Mit der Belastung durch solche Zeugen aber werde dann der Angeklagte im Prozeß überfallen.

Auch die Berichte aus Nürnberg besagten, daß die Lage für die Belastungszeugen ganz verschieden von der der Entlastungszeugen sei. Die Anklage der Nürnberger Prozesse werde seit zweieinhalb Jahren auf Grund eines überaus umfangreichen, sichergestellten Materials von der Anklagebehörde vorbereitet. Auch hier sei es so, daß die Angeklagten während dieser Zeit gefangengesetzt gewesen seien und keine Gelegenheit hätten, ihre Verteidigung im wünschenswerten Ausmaß vorzubereiten.

„Es handelt sich für mich nicht darum, die Sühne für Verbrechen zu verhindern, sondern um die Frage, ob in diesem Prozeß nicht nur Schuldige, sondern auch Unschuldige verurteilt worden sind", betonte Bischof Wurm.

Abschließend erklärte Bischof Wurm: „Ich möchte, daß die alliierten Mächte sich dazu entschließen, alle bisherigen Verfahren einer zweiten Instanz zu unterbreiten. Wenn eine solche zweite Instanz für die Kriegsverbrecher-Prozesse bisher nicht vorgesehen war, weil sich diese Prozesse auf dem Boden eines neuen internationalen Strafrechts abwickeln, so muß eben auch auf diesem Boden eine zweite Instanz geschaffen werden, sonst bleibt in weiten Kreisen des deutschen Volkes und insbesondere bei den Angehörigen all dieser Männer der Eindruck bestehen, daß es diesen Gerichten weniger zu tun war, um die Findung der Wahrheit als um die Durchsetzung der Anklage; dieser Eindruck sollte wirklich vermieden werden."

Der Kirche seien schwere Vorwürfe gemacht worden, daß sie im Dritten Reich nicht hinreichend gegen die Mängel in der deutschen Rechtspflege aufgetreten sei. Die Kirche habe in ihrer Stuttgarter Erklärung vom 18. Oktober 1945 ein Wort der Buße gesprochen, daß ihr Widerstand gegen den Despotismus des nationalsozialistischen Regimes nicht stark genug gewesen sei. „Es würde schlecht zu dieser Erkenntnis passen, wenn wir heute aus Kompetenzerwägungen oder aus Ängstlichkeit und Rücksichtnahme gegen irgendwelche Instanz, sei es gegenüber dem Staat, sei es gegenüber den Besatzungsmächten, schweigen würden. Die Kirche ist berufen, für Barmherzigkeit und Gerechtigkeit einzutreten und wenn die öffentlichen Organe, denen dies im besonderen Maße obliegt, versagen, so muß es die Kirche tun. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß diejenigen, die heute die Macht haben, eher bereit sind, als das Dritte Reich, auf solche Worte, Bitten, Klagen zu hören. Es wird sich das ganz gewiß lohnen für das ganze deutsche Volk und für die ganze politische Entwicklung der Völker."

Wie Mr. Martin von der amerikanischen Anklagevertretung in Nürnberg am 1. Juni anläßlich der Aufführung des Films vom 20. Juli 1944 in Karlsruhe erklärte, hat Staatssekretär Kenneth Royall vom Departement für Krieg in Washington General Clay beauftragt, Untersuchungen einzuleiten.

Dr. Kempner antwortet

Nürnberg, 2. Juni (dpd) „Die Welt" gibt dazu folgendes wieder: Der stellvertretende amerikanische Hauptankläger in Nürnberg, Prof. Dr. Kempner, hat dem württembergischen Landesbischof Wurm als Antwort auf seine kürzlich veröffentlichte Kritik an den Vernehmungsmethoden der amerikanischen Anklagebehörde folgendes Schreiben zugesandt:

„Ich bedaure lebhaft, daß Sie Ihrem Brief, den ich schon kürzlich bestätigte, keinerlei Beweismaterial beigefügt haben. Leider haben Sie auch bei Ihrem Besuch in Nürnberg keinen Anlaß genommen, auch nur einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen oder sich auf Grund unserer Ihnen offenstehenden Akten zu orientieren.

Ich würde es durchaus begrüßen, wenn jemand auf Grund von nachgeprüften Tatsachen dagegen protestieren würde, daß Geständnisse durch „abscheuliche Quälereien" erpreßt worden wären. Solche Gewaltmethoden verdamme ich genau so wie Sie. Ich weise jedoch aufs schärfste die völlig unbegründeten Beschuldigungen zurück, die Sie in diesem Zusammenhang in Presse und Radio gegen die Nürnberger Prozesse ohne Nachprüfung erhoben haben.

Ich hoffe, daß nicht irgend jemand es gewagt hat, einen Mann Ihrer Stellung zum gutgläubigen Sprecher einer Anti-Nürnberg-Kampagne zu machen, die eine Sühne der furchtbaren Mordtaten des Naziregimes aus naheliegenden Gründen ablehnt. Ich bin sicher, daß Sie mit mir auch die neuerdings stärker werdende Propaganda zurückweisen, daß nämlich nicht die Mörder, sondern die Ermordeten an der Katastrophe Deutschlands schuldig sind."

General Clay sprach dem süddeutschen Länderrat seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus

589 000 t Lebensmittelimporte im April — Zusammentreffen der südd. Ministerpräsidenten am 14. Juni

Stuttgart, 2. Juni. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, gab am Dienstag vor dem süddeutschen Länderrat bekannt, daß in der Bizone die tägliche Kalorienzahl ab 1. Juni 1635 betragen werde. Die Lebensmitteleinfuhren im April d. J. seien mit 589 000 t die bisher größten für Deutschland gewesen. Für die nächsten drei Monate sei die weitere Einfuhr von je 500 000 t Lebensmitteln vorgesehen.

Der General gab weiter bekannt, daß sein diesmaliger Besuch beim Länderrat der letzte gewesen sei und sprach dem Gremium seine Anerkennung für die bisher im Geiste demokratischer Verhandlungs-Methoden geleistete Arbeit aus. Er hoffe, sagte Clay, daß sich der Geist des Stuttgarter Länderrates in jeder künftigen deutschen Regierung widerspiegeln werde.

Zur Londoner Konferenz äußerte der General, er glaube, daß die dort geleistete Arbeit und die zu erwartenden Berichte die Grundlage für einen künftigen Frieden in Europa darstellen werden.

Der Militärgouverneur erklärte dann in Beantwortung verschiedener Fragen von Abgeordneten des parlamentarischen Rates, es sei möglich, daß eine neue Steuergesetzgebung durch die Militärregierung eingeführt werde, doch würde sich diese auf Empfehlungen des Wirtschaftsrates stützen. Die US-Militärregierung hoffe, daß sich diese Steuergesetzgebung nicht nur auf die Bizone erstrecken werde. Da aber der Wirtschaftsrat nur für die Doppelzone verantwortlich sei, würden sich die Militärregierungen die neue Steuergesetzgebung vorbehalten. Sie seien sich noch nicht darüber im klaren, inwieweit diese Gesetzgebung den einzelnen Ländern bzw. einer Zentralregierung übertragen werden solle. Bis zu diesem Zeitpunkt wolle man seitens der Militärregierungen kein „Muster" aufstellen.

Der württemberg-badische Landtagsabgeordnete Josef Andre (CDU) bat um eine rasche Einfuhr größerer Mengen argentinischen Gefrierfleisches. Zur Durchführung dieser Maßnahme solle der Bizone ein angemessener langfristiger Kredit eingeräumt werden. General Clay äußerte Zweifel, daß Argentinien Reserven von Gefrierfleisch besitze. Die US-Militärregierung habe bereits versucht in Argentinien Fleisch für die Grubenarbeiter einzukaufen, jedoch bisher erfolglos. Außer den Vereinigten Staaten und Großbritannien habe niemand Deutschland langjährige Kredite gewährt.

Der württemberg-badische CDU-Abgeordnete Josef Ersing fragte, ob für die aus Deutschland ausgeführte Kohle der gleiche Preis bezahlt werden könne, wie für die nach Deutschland eingeführte. General Clay antwortete, er sei überrascht, daß überhaupt Kohle nach Deutschland eingeführt werde. Bisher sei nur eine kleine Menge Braunkohle für die Keramik-Industrie aus der Tschechoslowakei angeliefert worden.

Im Rahmen der sich anschließenden 32. Arbeitstagung des Länderrates erklärte Ministerpräsident Dr. Maier, der Rat befände sich in einem doppelten Übergang. Einmal werde er sein Aufgabengebiet auf einen bizonalen politischen Länderrat in Frankfurt überführen, andererseits werde diese neue Institution in Frankfurt jedoch nur vorübergehender Natur sein, bis sie durch eine begrenzte verfassungsrechtliche Konstitution für Westdeutschland ersetzt würde. Die gesetzgeberischen Aufgaben des Länderrates der US-Zone blieben, soweit sie begonnen seien und lebensnotwendig erschienen, in vollem Umfange erhalten. In diesem Zusammenhang gab Dr. Maier bekannt, daß die Ministerpräsidenten beider Zonen erstmalig am 14. Juni in Frankfurt zusammentreten würden.

Anschließend nahm der Länderrat mit Zustimmung des parlamentarischen Rates zwei Verordnungen zur Durchführung des Rückerstattungsgesetzes an. Sie regeln die Bewertung und die Nutzungssätze von Vermögensgegenständen im Rückerstattungsverfahren. Weiter nahm der Länderrat einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des Vertragshilfegesetzes vom Jahre 1946 an und stimmte einer Änderung des § 6 im Entwurf einer Verordnung über Lasten, Gebühren und Auslagen im Rückerstattungsgesetz zu.

Ferner billigte er die Verordnung über die Ausdehnung der Registrier- und Kennkartenpflicht auf Jugendliche über 14 Jahre und einen Beschluß des Direktoriums, wonach eine Rechtsangleichung an den im hessischen Landtag vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 27. August 1947 in den Ländern der amerikanischen Zone durchgeführt werden soll. Schließlich nahm der Rat einen Gesetzentwurf über die Ausschaltung von Formmängeln bei Eheschließungen und eine Gesetzesvorlage über die Wiedergewährung von Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz vom 17. Mai 1942 an.

Auf einer Pressekonferenz, die General Clay im Anschluß an seine Ausführungen vor dem süddeutschen Länderrat abhielt, kamen in erster Linie Fragen nach der Art und den möglichen Auswirkungen der geplanten Währungsreform zur Sprache.

Der General erklärte hierzu, eine Währungsreform auf Viermächtebasis sei durchaus möglich, mehr könne er jedoch nicht sagen. Es sei beabsichtigt, gab Clay bekannt, die zur Zeit bestehende Wirtschaftskontrolle nach der Währungsreform abzubauen. Wenn diese auch nicht sofort durchgeführt werden könne, so sei doch mit einer allmählichen Revision dieser Angelegenheit zu rechnen, sogar dann, wenn die Währungsreform nicht durchgeführt werden sollte. Die Steuerreform sei unter Umständen noch vor der Währungsreform zu erwarten.

Über einen eventuellen Abbau der Jela befragt, meinte General Clay, daß eine Abschaffung dieser Kontrollbehörde für die nächste Zeit nicht geplant sei, jedoch würden einige Funktionen der Jela auf deutsche Stellen übertragen werden.

Das Direktorium des süddeutschen Länderrates befaßte sich auf seiner Montagssitzung mit Auswanderungsfragen und beschloß, den Länderrat darum zu ersuchen, sich bei der amerikanischen Militärregierung für eine Erweiterung des zur dauernden Auswanderung zugelassenen Personenkreises zu verwenden. Ferner sollen alle Altersbeschränkungen aufgehoben werden.

„Höchste Zeit" für Währungsreform

Frankfurt a. M., 2. Juni. (AP) Auch nach einer Währungsreform in Westdeutschland wird nach Ansicht des Direktors der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft, Dr. Ludwig Erhardt, ein Schwarzer Lebensmittelmarkt bestehen bleiben.

Es wäre „höchste Zeit" für eine Währungsreform, erklärte Erhardt und gab zu verstehen, daß der Grund für die Dringlichkeit der „vollständige Zusammenbruch" des Bewirtschaftungssystems sei. Dieses Bewirtschaftungssystem muß nach einer Geldreform bis auf wenige lebenswichtige Verbrauchsgüter, wie Textilien und Schuhe, abgeschafft werden. Die Kaufkraft muß anfänglich in engen Grenzen gehalten werden, damit der Erfolg der Reform gesichert werden kann.

Erhardt erklärte abschließend, er glaube nicht daran, daß eine Währungsreform eine Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit wird, wie er meinte, nur vorübergehender Natur sein.

Ergebnisse der Londoner Sechs-Mächte-Besprechungen über Westdeutschland

Verfassunggebende Versammlung für die Westzonen — Internationale Kontroll-Organisation für die Ruhrindustrie

London, 2. Juni. (Dena-Reuter) Die wichtigsten Ergebnisse der Londoner Sechs-Mächte-Besprechungen über Deutschland, die am Dienstagabend ihr Ende fanden, sind, wie ein diplomatischer Reuter-Korrespondent von maßgeblicher Seite erfährt:

1. Ein Abkommen über die Schaffung einer deutschen Verfassungsgebenden Versammlung für die drei Westzonen um die Zeit des 1. September dieses Jahres.

2. Die Schaffung einer internationalen Kontroll-Organisation für die Ruhr-Industrie, die sich aus den sechs Mächten Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Belgien, die Niederlande und Luxemburg und Vertretern Westdeutschlands zusammensetzen und ermächtigt sein soll, über die Verteilung der wichtigsten Ruhr-Produkte, besonders Kohle, Koks und Stahl, zu entscheiden.

Ein Abkommen zur Durchführung einer Währungsreform in den westlichen Zonen Deutschlands — wahrscheinlich Anfang Juni — soll ferner getroffen worden sein. Bei dieser Währungsreform sollen die westlichen Sektoren von Berlin ausgenommen sein.

Im Mittelpunkt der politischen Pläne steht, wie AP weiter meldet, der Entschluß, Westdeutschland mit Beginn des nächsten Jahres weitgehende Selbstverwaltung zuzugestehen. Aus Kreisen, die der Konferenz nahestehen, war zu erfahren, daß die westlichen Besatzungsmächte sich jedoch gewisse Gebiete, wie Außenpolitik, Finanzreformen und Ausfuhr, vorbehalten wollen.

Amerikanische Vertreter betonen, daß alle Beschlüsse noch der Zustimmung der teilnehmenden Regierungen bedürfen.

Die Konferenz hat beschlossen, die westdeutschen Länder selbst entscheiden zu lassen, wie die Delegierten für die verfassunggebende Versammlung ausgewählt werden sollen. Mit diesem Kompromiß hat eine französisch-amerikanische Meinungsverschiedenheit ihre Lösung gefunden. Während Frankreich sich für eine Ernennung der Delegierten einsetzte, hielten die Vereinigten Staaten deren Wahl für angebracht.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Konferenz mit ihrem Beschluß, die geplante internationale Kontrollbehörde für die Ruhr sofort nach Annahme der Konferenzbeschlüsse durch die teilnehmenden Regierungen zu errichten, den französischen Wünschen entgegengekommen. Frankreich hat seinerseits auf seiner ursprünglichen Forderung auf vollständige Internationalisierung der Ruhr zugunsten der Kontrollbehörde verzichtet.

Juden und Araber stellen das Feuer ein

Tel Aviv, 2. Juni. (AP) Die Regierung des Staates Israel hat an ihre Streitkräfte in Palästina den Befehl zur Einstellung des Feuers erlassen. Der Befehl tritt am Mittwoch, 2. Juni, 3 Uhr (Palästina-Zeit) in Kraft. Der jüdische Staat hat damit der Aufforderung des Sicherheitsrates entsprochen.

Die Entscheidung der Regierung, dem Appell des Sicherheitsrates zu entsprechen, wurde davon abhängig gemacht, daß erstens die arabischen Streitkräfte ebenfalls das Feuer einstellen und zweitens fünf von der Regierung als Voraussetzung für die Waffenruhe genannte Punkte erfüllt werden. Tatsächlich werden mit diesen Punkten die Wiederherstellung der früheren jüdischen Stellung, ungehinderte Verbindung mit Jerusalem, unbeschränkte Einwanderung und feststehende Grenzen gefordert. Wie die jüdische Regierung sich bei Nichterfüllung ihrer Bedingungen verhalten wird, ist nicht bekannt.

Der Vertreter Syriens im Sicherheitsrat und dessen gegenwärtiger Vorsitzender im Monat Juni, Faris el Khoury, teilte am Dienstagabend mit, daß die arabischen Staaten den Feuereinstellungsbefehl der Ver. Nationen ebenfalls annehmen.

Ob die Annahme an Bedingungen geknüpft sei, wisse er nicht, sagte el Khoury. Ausführliche Einzelheiten seien ihm von Amman zugesagt worden.

Ungarn hat, wie die ungarische Nachrichtenagentur MTI laut AFP am Dienstagabend bekanntgab, den neuen Staat Israel offiziell anerkannt.

Der Prozeß gegen die Mörder Marums

Der erste Verhandlungstag

Karlsruhe, 2. Juni. (Eigener Bericht) Im Frühjahr 1934 sollte, wie erinnerlich, der Staatsrat und frühere badische Justizminister Dr. Ludwig Marum aus Karlsruhe im KZ Kislau, wo er seit 1933 interniert war, Selbstmord begangen haben. Schon bald danach tauchte aber das Gerücht auf, daß Marum, ein den Nazis wegen seiner unbeugsamen politischen Haltung sehr verhaßter Mann, auf die damals übliche Weise gewaltsam beseitigt worden sei. Die Karlsruher Kriminalpolizei ermittelte denn auch nach dem Zusammenbruch verhältnismäßig rasch alle an dem Mord Beteiligten und erreichte es, daß sie mit Ausnahme des im Krieg gefallenen SS-Hauptsturmführers Müller, jetzt vor die Strafkammer gestellt werden konnten. Diese erhob gegen den SA-Hauptsturmführer Paul Heupel, den Gestapobeamten Karl Sauer, den Kaufmann und früheren Leiter der Hauspolizei in Kislau Heinrich Stix und den Kaufmann und früheren Lagerschreiber Otto Weschenfelder, alle aus Karlsruhe, Anklage wegen Mordes.

Der erste Verhandlungstag klärte trotz der von einigen Angeklagten zurückgenommenen Geständnisse, hauptsächlich dank den Aussagen des Angeklagten Heupel, die Besetzung der den Einzelnen bei der Ausführung des Verbrechens zugewiesenen Rollen. Danach trafen am Nachmittag des 28. März 1934 Müller und der damals beim Polizeipräsidium Karlsruhe als Fahrer tätige Heupel, von der Gauleitung dorthin beordert, in Kislau ein und wurden vom Lagerleiter Sauer in den Mordplan eingeweiht. Nach einer Zecherei, die sich bis spät in die Nacht hinzog, schloß dann Sauer gegen 3 Uhr die Zellentür auf, er selbst und Müller packten Marum, der eben erwachte, an Armen und Füßen und Heupel legte ihm die Schlinge um den Hals. Nach der Erdrosselung, die Heupel, allerdings wenig glaubhaft, Müller zuschiebt, hängte man Marum am Gitter des Zellenfensters auf und stürzte seinen Schemel um, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Sauer bestreitet zwar die aktive Teilnahme am Mord, wird aber von Heupel stark und glaubhaft belastet. Auch Stix, der vor der Zellentür auf der Lauer zu stehen hatte, um evtl. das Dazwischentreten eines Postens zu verhindern, hat entgegen seiner Behauptung, sich von diesem Auftrag gedrückt zu haben, nach Heupels Aussage mitgemacht. Inwieweit der Lagerschreiber Weschenfelder, der auf der Wachstube den Kontrollposten festzuhalten hatte, mitgetan hat, muß, da er noch leugnet, die Beweisaufnahme ergeben.

Nach den Angaben Sauers ist der Mord vom Gauleiter persönlich befohlen worden. Wagner habe ihm erklärt, die Beseitigung Marums sei von den höchsten Berliner Instanzen und von Hitler selbst angeordnet worden.

Ein Arzt, der als sachverständiger Zeuge vernommen wurde, sagte aus, daß er unbeaufsichtigt die Leiche vor der Aufbahrung im Karlsruher Friedhof einer Untersuchung unterzogen habe. Verletzungen an den Körperpartien waren nicht nachzuweisen, dagegen trug der Ermordete am Hals deutlich sichtbare Würgmale; nach seiner Ansicht müßte der Tote vor dem Erhängen erwürgt worden sein.

Der frühere Innenminister Pflaumer sagte aus, daß er erst vor einem Jahr von der Ermordung Marums gehört habe. Diese Aussagen standen im Gegensatz zu denen Sauers, der mit Bestimmtheit sagte, daß Pflaumer ihn beauftragt und von der Ermordung Marums Kenntnis gehabt hätte.

Im Telegrammstil

Washington. Präsident Truman forderte, wie der New Yorker Rundfunk meldet, am Montag die amerikanische Bevölkerung anläßlich des „Memorial Day" auf, sich mit ihm im Gebet für die Erhaltung der Brüderschaft aller Menschen der Welt zu vereinigen. — Die amerikanische Regierung hat die Sowjetunion aufgefordert, sich an der Lösung des Triester Problems zu beteiligen. — Frankreich schließt sich den amerik.-brit. Noten über Triest an. (Dena)

New York. Fünfundvierzig Delegierte aus zehn europäischen Ländern, die an dem vom 7. bis 14. Juni tagenden Weltkongreß für moralische Wiederaufrüstung teilnehmen werden, begaben sich am Montag auf dem Luftweg von New York nach Riverside in Kalifornien. (AP)

London. Lord Francis Pakenham, bisher Minister für die besetzten Gebiete in Deutschland und Österreich, ist, wie am Montag offiziell bekanntgegeben wurde, zum Minister für die zivile Luftfahrt ernannt worden. — Der ehemalige britische Schatzkanzler, Hugh Dalton, wird als Kanzler des Herzogtums von Lancaster und damit als Nachfolger Pakenhams in die Regierung zurückkehren. (Dena)

Paris. Die französische Nationalversammlung sprach der Regierung Schuman am Dienstag laut AFP in der Frage des Gesetzentwurfes über die Entlassung von 150 000 Regierungsangestellten das Vertrauen aus. (Dena)

Brüssel. Der belgische Ministerpräsident und Außenminister Paul Henri Spaak traf sich, wie am Montag Reuter zufolge verlautet, mit König Leopold von Belgien in der Schweiz. (Dena)

Baden-Baden. Der internationale Telegraphenverkehr ist laut Südena mit Wirkung vom 1. Mai 1948 im Verkehr mit Luxemburg und der Tschechoslowakei zugelassen worden. — Die französische Militärregierung hat mit Wirkung vom 1. Juni 1948 ihre Genehmigung zur Aufnahme des internationalen Fernsprechdienstes zwischen dem französischen Besatzungsgebiet Deutschlands und Brasilien erteilt. (Dena)

Frankfurt a. M. Die gesamten Exportkartoffelbestände Dänemarks und der Schweiz, rund 21 500 t im Wert von 860 000 Dollars, sind für die Bizone aufgekauft worden, wie britisch-amerikanische Stellen am Dienstag mitteilen. — Der Vizepräsident der internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Weltbank, Robert L. Garner ist am Montagabend zu einem achttägigen Besuch der Bizone in Frankfurt eingetroffen, teilte das Zweimächte-Kontrollamt am Dienstag mit. — Radio Frankfurt beging am Dienstag sein 3jähriges Bestehen als Sender der Militärregierung. (AP-Dena)

Berlin. Die amerikanische Militärregierung für Deutschland gab am Dienstag bekannt, daß der Lizenzierungszwang für Brüderschaften und unpolitische Vereinigungen aufgehoben ist. — Über dreihunderttausend Personen trugen sich in der Zeit vom 23. bis 30. Mai in Berlin in die Liste des „Volksbegehrens" ein. — Wie die britischen Behörden am Mittwoch bekanntgaben, wurde der russische Major Iwan Iwanowitsch Bogdanow, ein Attaché der sowjetischen Militärmission in der britischen Zone, am Dienstagabend auf dem Balkon seiner Wohnung in Bad Salzuflen, mit einer Kopfwunde aufgefunden. (AP)

Württ.-badischer Landtag

Stuttgart, 2. Juni. (Hue. Eig. Ber.) Die 75. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags stand unter dem Eindruck der schweren wirtschaftlichen Veränderungen, die uns bevorstehen. Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung des Staatshaushaltplanes für 1948.

Landtagspräsident Keil eröffnete die Sitzung mit dem Bemerken, daß die außerordentliche Lage, in der wir uns befänden, außerordentliche Maßnahmen erfordere. Aus Erwägungen über die bevorstehende Neugestaltung unseres finanzpolitischen und steuertechnischen Systems heraus hätten die Fraktionen des Landtags sich bereit gefunden, auf eine Lesung in allen Einzelheiten zu den Haushaltspositionen zu verzichten. Bei der dritten Lesung könne die Einzelbehandlung nachgeholt werden. In der vorausgegangenen Sitzung des Ältestenrates hatte sich der Vorsitzende des Finanzausschusses, Alex Möller (SPD) bereit erklärt, der Lage Rechnung zu tragen und ohne Vorbereitung über den Gesamtetat zu referieren.

Im Anschluß an seinen Bericht stellte Möller den Antrag, der Landtag möge angesichts der schweren Entscheidungen, die bevorstehen, auf Abstimmung über die Einzelpositionen in der zweiten Lesung verzichten und den Haushaltplan en bloc lesen und genehmigen, vorbehaltlich einer Nachprüfung in der dritten Lesung. Der Landtag stimmte dem Antrag einstimmig zu.

Stadtratswahlen in Bayern

Im allgemeinen sind kommunale Wahlen mit ihren von personalen und lokalen Elementen stark beeinflußten Ergebnissen nicht ohne weiteres als politischer Gradmesser zu werten. Die am letzten Sonntag in Bayern abgehaltenen Stadtratswahlen scheinen jedoch von dieser Regel eine nicht unerhebliche Ausnahme zu bilden. In ihnen sind politische Tendenzen zum Ausdruck gekommen, die für den gegenwärtigen Stand des inneren deutschen Entwicklungsprozesses immerhin einigermaßen symptomatisch sein dürften.

Um das Bild der innerpolitischen bayerischen Situation richtig zu ermessen, wird man die Resultate der vor 5 Wochen auf dem flachen Lande mit seinen mehr als doppelt so großen Wählermassen einrechnen müssen. Erleichtert wird die politische Beurteilung der städtischen Wahlen einmal durch die bedeutende Wahlbeteiligung von nahezu 80 Prozent, die auf ein erhebliches politisches Interesse hindeutet, sodann aber auch durch die Tatsache, daß die städtische Wählerschaft von der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens im Gegensatz zur württ.-badischen Wählerschaft nur einen verhältnismäßig geringen Gebrauch gemacht hat. Mehr als ¾ der bayerischen Wahlscheine wurden unverändert abgegeben, ein Beweis dafür, daß die städtische Bevölkerung mehr den politischen Parolen der Parteien als der persönlichen Anziehungskraft dieses oder jenes Kandidaten gefolgt ist.

Das überragende Kennzeichen der Wahl ist die Schwächung der politischen tragenden Mittelparteien, und eine Verschiebung zugunsten der politischen Flanken, wobei der Zuzug zur Rechten unverhältnismäßig größer wie der zur radikalen Linken war. Der Hauptverlustträger in diesem städtischen Wahlkampf ist die CSU, wenn auch die SPD, insbesondere in München, prozentuale Einbußen erlitten hat. Die Gründe dafür sind unschwer zu erkennen. Im Gegensatz zu den Erwartungen von vor 2 Jahren hat sich die wirtschaftliche Lage wesentlich verschlechtert und sind die Hoffnungen, die damals allgemein gehegt wurden, durch die unüberbrückbaren Gegensätze der Alliierten über das deutsche Problem und den Frieden nicht in Erfüllung gegangen.

Mißgriffe und Unterlassungen in der Verwaltung, Ungerechtigkeiten und nicht zu beseitigende Härten in der Verteilung, ungenügende Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten und der Druck der großen Flüchtlingsmassen, alles das zusammen und noch einiges dazu mögen jene Spannungen im Sozialgefüge geschaffen haben, die sich nun im Zahlenbild der vorliegenden Wahlstatistik Ausdruck und Ausfluß verschafften. Daß sich diese aus vielen Kanälen gespeiste oppositionelle Stimmung zunächst und in erster Linie gegen die seit vielen Monaten allein die Regierung tragende CSU wenden mußte, entspricht durchaus den Spielregeln des parlamentarischen Systems. Darüber hinaus hat die Wahldemagogie ein Übriges getan, was sich bei der mehr auf Erfolg um jeden Preis und auf Absonderung als auf Wahrheit und Gemeinschaft ausgerichteten politischen Geistesverfassung am Rande versteht. Alle anderen Parteien mochten sich davon Gewinn versprechen. Das tatsächliche Wahlergebnis zeigt aber, daß nur die scharf profilierten Gesinnungsgruppen profitierten, während verschwommene Parteigebilde wie z. B. die Wirtschafts- und Aufbauvereinigung des Herrn Loritz und andere Splittergruppen von der Wählerschaft nicht gewürdigt wurden.

Daß der Stimmenzufluß vor allen Dingen aber an die Flügel ging, dürfte all jenen, die sich um den Aufbau einer echten deutschen Demokratie ehrlich und aufrichtig mühen, zu denken geben. Das gilt nicht nur für die verantwortlichen deutschen Politiker, sondern in erster Linie für die Besatzungsmächte.

Der Zuwachs der KPD ist prozentual gering, aber daß es dazu kam, liegt daran, daß es bis jetzt nur äußerst unvollkommen gelang, die demokratische Form mit sozialer Substanz zu erfüllen. Wesentlich stärker hat sich die nationalistische Reaktion der Bayernpartei aus der Unzufriedenheit der Wählermassen entwickelt. Sie hat das gewonnen, was die CSU verloren hat. In manchen Städten fand eine Halbierung der Stimmenzahl statt. Die Fronten innerhalb der CSU scheinen sich nun politisch geklärt zu haben. Während die führende bayerische Partei einen mit der deutschen Einheit in Einklang stehenden, auf der bayerischen Tradition beruhenden Föderalismus vertritt, hat die Bayernpartei die Fahne des Separatismus unmißverständlich und für alle sichtbar erhoben. Die Bayernpartei will den bayerischen Staat aus dem Gefüge des Reiches herauslösen. Eindeutigen Aufschluß darüber gibt ein Brief eines ihrer führenden Mitglieder, des Prof. Dr. Berr, an eine Reihe von maßgeblichen Staatsmännern der Welt, in der politisch und historisch die Forderung auf volle Souveränität Bayerns erhoben wird. Damit soll einer Bewegung die programmatische Fundierung gegeben werden, die die Zuflucht derer ist, die in vollkommener Verkennung der Wirklichkeit und der Zusammenhänge auf dem Wege über den Separatismus den durch Krieg und seine Folgewirkungen geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Tatbeständen entfliehen möchten. Man will die Konkursmasse Restdeutschlands ihrem Schicksal überlassen und hat nun auch schon die professorale Formulierung dafür gefunden.

Daß diese Wahlparole Anhänger fand, ist bei der stark gefühlsbetonten Einstellung bayerischer Wählerschichten zur Politik nicht zu verwundern, aber um so höher anzuerkennen ist die Tatsache, daß vier Fünftel der bayerischen Wählerschaft sich zur deutschen Einheit bekannten und die geistige Flucht aus der deutschen Schicksalsgemeinschaft ablehnten. An diesem Punkte ergibt sich die historische Aufgabe einer zwar äußerlich schwächeren, aber im Innern gefestigten CSU als einer grundsatzfesten von den Schlacken des politischen Extremismus und des Schwärmertums gereinigten Partei, die sich der Unentbehrlichkeit des wirtschaftlichen und kulturellen Beitrags Bayerns beim Aufbau eines föderalistischen Deutschlands vollauf bewußt ist.

Ohne Zweifel hat sich das Bild der bayerischen Innenpolitik gewandelt. Nach wie vor wird die CSU in der Gesamtheit die stärkste Partei sein, gefolgt von der SPD, aber an der 3. Stelle steht nun eine reaktionäre weißblaue bayerische Sonderbundspartei, mit der für die nächste Zeit gerechnet werden muß. Der Landtag ist ohne Zweifel nicht mehr das Spiegelbild des politischen Willens des bayerischen Volkes. Ob er sich vor seinem natürlichen Ende auflöst, wird von den Entscheidungen der größeren Parteien abhängen.

W. B.

100000 Über sahen schon die Deutsche Presse-Ausstellung in München

Aufruf

Zu den Sammeltagen des Roten Kreuzes

Mit Genehmigung des Innenministeriums wurden die diesjährigen Sammeltage unseres Roten Kreuzes auf die Zeit vom 5. bis 7. Juni festgesetzt. Mit Dankbarkeit und voll Anerkennung stelle ich fest, daß sich die unermüdliche Hilfsbereitschaft und die stille, aufopfernde Arbeit unseres Roten Kreuzes zum Segen der ganzen Stadt ausgewirkt hat. Die aktiven Bereitschaften mit ihren tausend Helferinnen und Helfern, der Krankentransport in steter selbstloser Hilfstätigkeit, der Suchdienst mit internationalen Möglichkeiten und eine umfangreiche Kriegsgefangenenbetreuung, zwei Großküchen mit einer Tagesleistung von 2500 Mittagessen, 6000 Kinder- und Schülerspeisungen, eine Nähstube mit großer Arbeitsleistung zum Wohle der Allgemeinheit und Sanitätswache am Hauptbahnhof sowie 28 Unfallhilfsstellen in Stadt und Land waren mit großem Erfolg eingesetzt im Kampf gegen die Not. Darüber hinaus konnte unser Rotes Kreuz im vergangenen Jahre bei über 18 000 Notleidenden in Stadt und Land helfen, durch Spenden — insbesondere Spenden des amerikanischen Roten Kreuzes — die Not zu lindern. Im Rahmen der Karlsruher Notgemeinschaft arbeitete unser Rotes Kreuz aufs engste mit den anderen caritativen Verbänden zusammen.

Um weiter zum Segen der Stadt und insbesondere seiner notleidenden Bevölkerung wirken zu können, ruft heute unser Rotes Kreuz „helft uns helfen".

Ich habe das Protektorat über die Sammelaktion übernommen, um als Stadtoberhaupt meiner Verbundenheit zum Roten Kreuz und seinem Wirken offen Ausdruck zu geben und bitte alle Mitbürger und Mitbürgerinnen, durch reiche Spenden dazu beizutragen, daß unser Rotes Kreuz auch im kommenden Jahre zum Segen unserer Stadt helfen kann. **Der Oberbürgermeister.**

Mordprozeß gegen die Henker Marums

Die Täter Sauer, Heupel und Stix geständig — Reichsstatthalter Wagner befahl den Mord

Am Mittwoch begann vor der Strafkammer in Karlsruhe der Mordprozeß gegen K. Sauer, 41 Jahre, Sturmbannführer und Leiter des Konzentrationslagers in Kislau; Paul Heupel, 47 Jahre, SA-Hauptsturmführer und Kraftfahrer bei SA-Standartenführer Ludin; Heinrich Stix, 48 Jahre, Oberscharführer und Führer der Hauspolizei in Kislau und (wegen Beihilfe) Otto Weschenfelder, 34 Jahre, Schreiber in der Verwaltung des Konzentrationslagers, alle aus Karlsruhe, die in der Nacht vom 28./29. März 1934 den Staatsrat und Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum im Konzentrationslager in Kislau umgebracht haben.

Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Rother, Generalstaatsanwalt Woll hatte die Anklage übernommen. Die einstigen Größen der Gewaltherrschaft und Willkür, die einen Mord gewissenlos und ohne Bedenken ausführten, saßen ganz klein auf der Anklagebank und konnten zu ihrer Entlastung lediglich anführen, die Tat auf Befehl des ehemaligen Reichsstatthalters und Innenministeriums ausgeführt zu haben. Die Physiognomien dieser typischen Vertreter der berüchtigten NS-Schlägergarde erinnerten lebhaft an die Zeiten brutalster Methoden, als Befehle selbständiges Denken ersetzten.

Die Angeklagten hatten sich in der Nacht vom 28./29. März bereitgefunden, Dr. Marum, der aus politischen Gründen im Konzentrationslager Kislau inhaftiert war, zu beseitigen. Unter der Leitung des Angeklagten Sauer und des totgesagten SS-Sturmführers Müller wurde die gemeinsame Ausführung des Mordes festgelegt. Die Tat wurde zwischen 2 und 3 Uhr nachts ausgeführt. Sauer, Heupel und Müller überfielen den Ermordeten im Schlaf. Diesem war wegen unberechtigten Rauchens eine Hausstrafe zudiktiert worden, um ihn von den übrigen Insassen abzusondern und unbemerkt töten zu können. Sauer und Müller hielten Marum fest, während ihm Heupel die Schlinge um den Hals legte. Gemeinsam hingen sie dann Marum am Zellenfenster auf, um Selbstmord vorzutäuschen. Stix stand Schmiere, während Weschenfelder im Wachzimmer dafür zu sorgen hatte, daß Kontrollen unterblieben, bis die Tat ausgeführt war.

Die Vernehmung der Angeklagten

Als erster wurde Weschenfelder vernommen. Der Angeklagte, der bei der polizeilichen Vernehmung konkrete Angaben gemacht hatte, wollte in der Verhandlung nichts mehr davon wissen. Er gab zu, daß ihm Stix mitgeteilt hätte, daß er zu Sauer kommen solle, der ihm etwas Wichtiges mitzuteilen habe. Während W. in der ersten Vernehmung aussagte, daß Heupel, Müller, Sauer und Stix dabeigewesen wären, bestritt er in der Verhandlung die Anwesenheit von Stix. Sauer habe ihm mitgeteilt, daß in dieser Nacht Marum aufgehängt werden solle, und strengste Schweigepflicht befohlen sei. Er brauche keine Bedenken zu haben, die Sache sei durch den Reichsstatthalter Wagner gedeckt. Er solle lediglich dafür sorgen, daß die Wache nicht dazukomme. Weschenfelder erklärte, diesbezüglich keine Zusagen gemacht zu haben. Stix gegenüber hätte er geäußert, daß er nichts damit zu tun haben möchte. Als Sauer, Müller, Heupel und Stix gegen 1 Uhr von einem Trinkgelage zurückgekommen seien, hätten sie ihm mitgeteilt, daß er schlafen gehen könne. In der polizeilichen Vernehmung hatte Weschenfelder angegeben, daß er sich auftragsgemäß ins Wachlokal begeben und Müller, Sauer und Heupel auf dem Gange zur Zelle Marums gesehen habe. Über die Ausführung der Mordtat hatte W. Einzelheiten geschildert. Daran wollte er sich nun nicht mehr erinnern und erklärte, daß er damals unmittelbar nach Rückkehr aus der Gefangenschaft sich noch kein genaues Bild hätte machen können.

Stix, der erst in den letzten Tagen gestand, bei der Tat zugegen gewesen zu sein, behauptete, daß er sich gegen die Mitwirkung gewehrt hätte, und erst dann gegen seinen Willen bereit gewesen sei, als ihm Müller mit der Pistole gedroht habe. Sein Auftrag habe darin bestanden, sich entweder im Korridor, in der sich die Zelle Marums befand, aufzuhalten, oder zum Posten zu begeben.

Am glaubhaftesten waren die Aussagen Heupels, der damals Fahrer des Polizeipräsidenten Wagenbauer war, der ihm mitteilte, daß er nach Kislau fahren solle, um sich bei Sauer zu melden. Sauer, der das Hauptwort führte, habe ihm mitgeteilt, daß Marum beseitigt werden müsse. Bei der Verteilung der Rollen hätte er den Auftrag gehabt, die Schlinge Marum um den Hals zu legen, die von einem Päckchen, das an Marum gerichtet war, stammte, um den Selbstmord besser vortäuschen zu können. H. schilderte den genauen Vorgang der Tat, bei der Wert darauf gelegt wurde, daß keine Verletzungen entstanden. Er und Müller hätten die Schlinge festgezogen und in wenigen Minuten sei der Mord vollendet gewesen.

Der Angeklagte Sauer berichtete bei seiner Vernehmung, daß er einige Tage vor der Tat zum Reichsstatthalter Wagner befohlen worden sei, nachdem vorher schon dessen Adjutant, der Standartenführer Bock, in Kislau gewesen sei, sich Marums Zelle habe aufschließen lassen und diesen wüst insultiert habe. Von Wagner sei ihm eröffnet worden, in Berlin sei von höchster Stelle (Himmler?) und vom Führer selbst angeordnet worden, daß Marum erschossen werden solle. Als er Wagner entgegengehalten habe, daß eine solche Exekution schon des Aufsehens wegen, das sie verursachen würde, nicht möglich sei, habe Wagner sich erkundigt, wo Marum sitze, und, nachdem er erfahren, daß er in Einzelhaft untergebracht sei, befohlen, ihn in seiner Zelle zu erhängen. Die Ausführenden bräuchten keine Bedenken zu haben, denn die Verantwortung trage er, Wagner, persönlich. Sauer erzählte weiter, daß er, da ihn der Auftrag trotzdem beunruhigt habe, anschließend zum Innenminister Pflaumer gegangen sei, um sich Rat zu holen. Aber auch der habe ihm erklärt, der Befehl müsse unbedingt ausgeführt werden. Gleichwohl will Sauer an der Ausführung des Mordes sich nur insofern beteiligt haben, als er die Zellentür aufgeschlossen und Müller und Heupel hineingelassen habe. „Und dann haben Sie Unschuldslamm dabeigestanden und keinen Finger gerührt", fertigte der Vorsitzende die Ausflüchte des Angeklagten sarkastisch ab und verwies ihn auf einen Zwischenfall im „Colosseum", wo einige Tage nach dem Mord der wieder einmal betrunkene Müller damit renommiert habe, daß Marum von ihm, Sauer und Heupel liquidiert worden sei. Auch der Angeklagte Heupel, vom Vorsitzenden nochmals über den Hergang der Tat befragt, versicherte erneut nachdrücklich, daß Sauer an der Ausführung des Verbrechens in der früher schon geschilderten Weise sich beteiligt habe.

Der Vorsitzende erklärte zum Schluß der Vernehmung, Sauer müsse sich darauf gefaßt machen, von verschiedenen Zeugen, u. a. auch von Pflaumer, der Lüge überführt zu werden. Es werde wahrscheinlich auch ein Zeuge aussagen, daß Sauer bereits eine Woche vor dem Mord erklärt habe, in 8 Tagen werde Marum nicht mehr leben.

Aufmarsch der Zeugen

Die Zeugenvernehmung ließ eine bunte Reihe führender Persönlichkeiten des vergangenen Regimes, sowie ehemaliger KZ-Häftlinge aufmarschieren. Polizeimajor Mohr, der Leiter des Konzentrationslagers Kislau von 1933—1938 war, und nach Aussagen politischer Gefangener Mißhandlungen nicht zuließ, erklärte, daß er in der fraglichen Zeit im Urlaub weilte. Er habe im Schwarzwald von dem „Selbstmord" Marums gehört, an den er nicht glaubte. Ein Arzt, der als sachverständiger Zeuge vernommen wurde, sagte aus, daß er unbeaufsichtigt die Leiche vor der Aufbahrung im Karlsruher Friedhof einer Untersuchung unterzogen habe. Verletzungen an den Körperpartien waren nicht nachzuweisen, dagegen trug der Ermordete am Hals deutlich sichtbare Würgmale, nach seiner Ansicht müßte der Tote vor dem Erhängen erwürgt worden sein. Ein weiterer Zeuge berichtete, daß besondere „Maßnahmen" gegen Marum üblich gewesen seien. Er habe beim Reinigen des Büros ein Gespräch zwischen Stix und Sauer mitgehört, wobei Sauer gesagt haben soll: „Die wissen sicher nichts davon". Diese Äußerung könne nur mit der Ermordung Marums in Zusammenhang gebracht werden. Über die Vorgänge im Polizeipräsidium vernommen, berichtete ein Zeuge, daß er dreimal miterlebt habe, wie Sauer Personen im sog. Salzkammergut — das war der berüchtigte Ort im Keller, wo die Gefangenen geschlagen wurden — mißhandelt habe.

In einem Falle war auch Heupel dabei, der gemeinsam mit Sauer mit dem Gummiknüppel auf die Opfer einschlug. Als er, der Zeuge, Sauer diese unerhörten Vorgänge vorhielt, hätte ihm dieser mit der Pistole gedroht. Der Zeuge wurde auf seine Aussagen vereidigt. Sämtliche Persönlichkeiten des damaligen Innenministeriums, dem die Gestapo unterstand, wußten angeblich nichts von der Ermordung, und es konnte auch nicht festgestellt werden, wer Sauer mit der vorübergehenden Leitung des Konzentrationslagers in Kislau beauftragt hatte. Der frühere Innenminister Pflaumer sagte aus, daß er erst vor einem Jahr von der Ermordung Marums gehört habe. Diese Aussagen standen im Gegensatz zu denen Sauers, der mit Bestimmtheit sagte, daß Pflaumer ihn beauftragt und von der Ermordung Marums Kenntnis gehabt hätte. Die Zeugenvernehmung wird am heutigen Donnerstag 9 Uhr fortgesetzt. Schn./Schl.

KURZE STADTNOTIZEN

Eierablieferung. Die Ernährungsämter Karlsruhe-Stadt und -Land weisen nochmals darauf hin, daß für das Legejahr (bis Sept. 1948) nach wie vor die Eierablieferungspflicht besteht, eine Zurückhaltung der Eier in der Hoffnung auf eine bevorstehende Aufhebung der Eierablieferung ist daher sinnlos. Die säumigen Hühnerhalter müssen mit strengsten Maßnahmen und Bestrafungen rechnen.

Fett für Krankenzulageempfänger. Zur Vermeidung von Unklarheiten weist das Ernährungsamt darauf hin, daß die Regelung über die teilweise Belieferung der Butterabschnitte der Krankenzulagekarten mit Butter und Margarine erst ab der 115. Zuteilungsperiode erfolgt, also nur die Krankenzulagekarten „115. (116.)" betrifft.

Eine Bodenbenützungserhebung findet auch in diesem Jahre und zwar mit Stichtag vom 25. Mai 1948 statt. Die Betriebsinhaber oder deren Vertreter sind gesetzlich verpflichtet, die erforderlichen Angaben zu machen. Da die Bodenbenützungserhebung die Grundlage für die Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung bildet, ist es Pflicht aller Beteiligten, fristgemäß wahre Angaben zu machen, widrigenfalls strenge Bestrafung zu erwarten ist.

Quartiere gesucht! Für die Unterbringung der Teilnehmer am 14. Deutschen Stenografentag sucht der Verkehrsverein noch Privatquartiere, und zwar für die Nächte vom 2./3., 3./4. und 5./5. Juli d. Js. Die Karlsruher Bevölkerung wird gebeten, vorhandene Schlafgelegenheiten für drei Nächte an den Verkehrsverein Karlsruhe, Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 218a (Telefon 8280, App. 240) oder an die öffentliche Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Bahnhofsplatz 6, (Telefon 85) zu melden. Ein angemessenes Übernachtungsgeld wird von den Quartiernehmern bezahlt. Quartiermeldungen haben keine Maßnahmen des Städt. Wohnungsamtes zur Folge.

Vorbildlicher Einsatz. Als zweite Schule in Karlsruhe leistete die Kantschule (Realgymnasium) in der letzten Maiwoche den dreitägigen Aufbaudienst. 142 Schüler der Oberklassen stellten sich zur Verfügung und bekundeten damit ihre ernsthafte Bereitschaft, an der Enttrümmerung ihrer Heimatstadt mitzuwirken. Auf 4, später 6 Baustellen arbeiteten die jungen Leute unter Aufsicht ihrer Lehrer und Anleitung durch das Stammpersonal der AAK recht eifrig. Wer sie in den Trümmern der Bismarckstraße und der Altstadt bei der Arbeit beobachtete, freute sich, daß die Säuberung dieser schwer betroffenen Stadtviertel weitere Fortschritte machte, und hegte im stillen wohl die Hoffnung, daß das Beispiel dieser jungen Leute für alle, die dieser selbstverständlichen Pflicht noch nicht nachgekommen sind, ein Ansporn sein möge.

Fahrraddieb festgenommen. In der Person eines 22jährigen Hilfsarbeiters wurde ein Fahrraddieb festgenommen, dem inzwischen 16 Fahrraddiebstähle nachgewiesen werden konnten, die er in letzter Zeit hier ausgeführt hat.

Akademie für ärztliche Fortbildung. Am Freitag, 4. Juni, 19.00 Uhr, spricht im Hörsaal der II. Med. Klinik (Artilleriekaserne) der Städt. Krankenanstalten, Moltkestr. 18, Herr Professor Ratschow, Halle, über „Durchblutungsstörungen".

Die V. V. N. hält am Samstag, 5. 6., 14.30 Uhr, im Kantinensaal der Fa. Haid u. Neu ihre Kreisversammlung ab.

„Vor der Entscheidung." Über dieses Thema spricht auf einer Kundgebung der CDU im Studentenhaussaal am Samstag, 5. 6., 19.30 Uhr, Ministerialdirektor Dr. E. Kaufmann, stellvertretender Direktor der Hauptverwaltung Wirtschaft beim Wirtschaftsrat in Frankfurt a. M.

Vorsicht, Beerensammler! Im Forstbezirk Ettlingen und Mittelberg wird die Bekämpfung forstschädlicher Insekten mit Gift (Kalkarsen) durchgeführt. Die Bevölkerung, insbesonders die Beerensammler, werden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Schläge durch die Verwendung von Kalkarsen für Menschen und Tiere gefährlich sind. Die Schläge sind durch Warnungstafeln gekennzeichnet.

Kinderhort. Anmeldungen für den Kinderhort in der Lydellschule für schulpflichtige Kinder, deren Eltern berufstätig sind, werden entgegengenommen am Freitag, 4. Juni, und Montag, 7. Juni, in der Lydellschule von 8—10 Uhr und 2—6 Uhr.

Stadtgartenkonzerte. Am Sonntag, 6. Juni 1948, findet bei günstiger Witterung in der Zeit von 11.00 bis 12.30 Uhr und von 16.00 bis 18.00 Uhr ein Stadtgartenkonzert statt, das vom Blasorchester der Philharm. Gesellschaft e. V., und vom Männergesangverein „Sängerlust", Leitung K. N. Schilling, bestritten wird.

Schallplattenkonzert. Sonntag, 6. Juni, 10.30 Uhr, findet im U.S. Informationcenter (amerikanische Bibliothek, Stefanienstr. 28) (Münze), das 3. Schallplattenkonzert statt. Gespielt werden Rimsky-Korsakoff: Scheherazade Suite, und Samuel Barber: Symphonie Nr. 1.

Wohltätigkeitskonzert der Adventisten. Am Donnerstag, 10. Juni, 20 Uhr, singen im Rahmen der Wohltätigkeitskonzerte des Adventwohlfahrtswerkes im Adventhaus-Saal, Kriegsstraße 84, Liselotte Dietl, Sopran, und Edmund Eichinger, Bariton, vom Bad. Staatstheater.

Tennismeisterschaften der Hochschule. Vom 3.—6. Juni führt die Technische Hochschule Karlsruhe auf den Plätzen am Parkring ihre Tennismeisterschaften durch. Ausgeschrieben wurden die Titel der Hochschulmeister 1948 im Herren- und Damen-Einzel, Herren- und Damen-Doppel und Mixed. Die Endspiele beginnen am Sonntagvormittag um 9 Uhr. Es werden schöne und spannende Kämpfe zu erwarten sein.

Iffezheimer Pferderennen finden am 6. 6., 13. 6., 4. 7., 11. 7., 8. 8., 15. 8., 12. 9., 19. 9. und 10. 10. statt. Sonderzüge ab Karlsruhe Hbf 12.15 Uhr, zurück ab Iffezheim 19.10 Uhr. Eintrittskarten gelten als Passierscheine. Vorverkauf jeweils 4 Tage vor dem Rennen bei der Kartenagentur Kahn, Kaiserstr. 126, Tel. 1962.

Geburtstage. Seinen 80. Geburtstag feierte am 1. Juni Theodor Müller, Hirschstraße 25. Am 3. Juni wird Frau Ida Schreck, Nelkenstraße 29, 81 Jahre alt.

Festbankett des „Liederkranz" Durlach

Anläßlich des 104jährigen Bestehens des Gesangvereins „Liederkranz" Durlach fand am Samstagabend im Blumensaal ein Festbankett statt, das mit einer Ehrung von Mitgliedern für 40- und 50jährige Sängertreue verbunden war. Unter der Leitung von Chormeister Adolf Behle erwies sich der Männerchor und der gemischte Chor als klangschöner Musikkörper, der Tradition des Vereins würdig. Konzertmeisterin Elisabeth Weizenecker begeisterte mit Violinsolis der Variationen Tartinis und Sarasates andalusischer Romanze. Die klare Sopranstimme Inge Somanns entzückte in Strauß- und Schubertliedern. Blumen und freudiger Beifall belohnte die Ausführenden des Festbanketts. Zum Abschluß spielte das Konzert- und Tanzorchester Durlach den Florentiner Marsch von Fucik. efa.

Wie wird das Wetter?

Unbeständig und kühl. Vorhersage bis Freitag abend: Wechselnd bewölkt, einzelne Niederschläge, meist in Form von Schauern. Höchsttemperaturen 16—20 Grad, Tiefsttemperaturen 7—11 Grad. Mäßige, zeitweise frische Winde aus westlicher Richtung.

Rheinwasserstände. 1. Juni: Konstanz 374, ±0; Breisach 202, +6; Kehl 254, +7; Maxau 412, +8; Mannheim 278, —4; Caub 177, ±0. — 2. Juni: Konstanz 374, ±0; Breisach 193, —9; Kehl 252, —2; Maxau 414, +2; Mannheim 290, +14; Caub 177, ±0.

Ein Dokument der Schande

Der „Prozeß" gegen die Männer vom 20. Juli 1944 im Film

In einer von den „BNN" veranstalteten Sondervorführung in der „Kurbel" zeigte am 1. Juni Mr. George S. Martin vom Militärgerichtshof für Kriegsverbrecher in Nürnberg einen Hauptausschnitt des auf Befehl Hitlers vom Propagandaministerium gedrehten und von den Amerikanern erbeuteten Dokumentarfilmes über den Volksgerichtsprozeß gegen die Männer des 20. Juli 1944.

Der Film, so bemerkte Hauptschriftleiter W. Schwerdtfeger, bekunde zweierlei: 1. Die brutale Rechtsbeugung im totalen Staat. 2. Das tatsächliche Vorhandensein einer Widerstandsbewegung gegen das Hitlerregime, wenn auch nur in Gruppen aufgesplittert, die infolge des nazistischen Terrors sich nicht zu einer großen und umfassenden Bewegung zusammenfinden konnten. Unter den gleichen Verhältnissen wäre dies auch anderswo nicht möglich gewesen. Wir müßten den Film mit einem Gefühl des Dankes gegen die Männer vom 20. Juli betrachten.

Die im Film gezeigten Szenen der „Gerichtsverhandlung" sind ausschließlich beherrscht von dem fast ununterbrochen brüllenden und die einzeln vorgeführten und kaum zu Worte kommenden aufrechten Männer des 20. Juli aufs gemeinste beschimpfenden Präsidenten des sog. Volksgerichtshofes, R. Freisler.

Mr. Martin stellte in seiner in fließendem Deutsch gehaltenen Ansprache nach der Filmvorführung die Rechtssprechung bzw. Rechtsbeugung des Hitlerregimes und die sorgfältige und gewissenhafte Prozeßführung in Nürnberg einander gegenüber. Auf zahlreiche, z. T. kritische Anfragen aus dem Auditorium gab Mr. Martin präzise Antworten, die an Klarheit und Verständnis für die Mentalität und schwierige Lage unseres Volkes nichts zu wünschen übrig ließen.

Es wäre notwendig, heute diesen Film (möglichst auch mit den jeder Beschreibung spottenden Hinrichtungsszenen) weitesten Kreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen, nachdem s. Zt. nicht einmal Hitler es gewagt hatte, den ihn und seine Gewaltherrschaft aufs schwerste belastenden Film dem Volke vorzuführen. Für die Vergeßlichkeit vieler Zeitgenossen würde der Film eine heilsame Auffrischung der wahren Ursachen unseres katastrophalen Zusammenbruchs und unserer gegenwärtigen Misere bedeuten. L. A.

Scheffelfeier der „Concordia"

Die traditionelle Scheffelfeier des Männerchors „Concordia" fand vergangenen Sonntag, (30. Mai), vor dem Denkmal des Dichters statt. Trotz des wenig schönen Wetters hatten sich zahlreiche Karlsruher am Scheffelplatz eingefunden. Unter der bewährten Leitung von P. Melber sang die „Concordia" Frühlings- und Wanderlieder, Staatsschauspieler Prüter trug Gedichte aus dem Revolutionsjahr 1848 vor, sowie die bekannten Verse des „Trompeters von Säckingen". Leise erklang, von B. Streidel auf der Trompete geblasen, die Melodie „Behüt Dich Gott, es wär' zu schön gewesen, Behüt Dich Gott, es hätt' nicht sollen sein!" Daß gelegentlich ein Dusch von oben kam, und man den Regenschirm aufspannen mußte, konnte der Singfreudigkeit des Chores und dem harmonischen Verlauf der schönen Feier keinen Abbruch tun. H. F.

DIE WIRTSCHAFT

Vorwürfe gegen die Arbeit der JEIA

Der von der JEIA bekanntgegebene Exportrekord im April (51,5 Mill. Dollar, davon 31 Mill. Dollar Kohle und Elektrizität) darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß allgemeine Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Exportes der Bizone besteht, und zwar sowohl auf seiten der Alliierten als auch deutscherseits. Die JEIA macht keinen Hehl daraus, daß sie mit der Entwicklung der Exporte unzufrieden ist und ihr Generaldirektor, Mr. Logan, hat deutlich genug erklärt, daß im Sommer eine Einschränkung der vorgesehenen Rohstoffimporte unvermeidlich sei, wenn sich der deutsche Export bis dahin nicht verdopple oder verdreifache. Es ist nicht von ungefähr, daß sie gerade in diesem Zeitpunkt die Höhe der bisherigen Lebensmittelschulden bekanntgibt. Sie belaufen sich auf über 2 Milliarden Dollar. Es besteht eine Zusage der JEIA, daß die Abzahlung dieses großen Schuldbetrags voraussichtlich nach erleichterten Bedingungen vor sich gehen werde. Devisenerlöse aus Exporten sollen, wie bisher, Rohstoffimporten zugute kommen.

Deutscherseits erkennt man die Klagen der JEIA an, macht diese aber selbst für den schleppenden Gang des Exportes verantwortlich. Erst kürzlich haben einige deutsche Parteiführer die JEIA als unerträgliche Bürde für die Bizone bezeichnet und einen Übergang der Kompetenzen auf deutsche Stellen gefordert. Es wird sich aber wahrscheinlich durch eine deutsche Einmischung nur ein Mehr an Bürokratie ergeben und der Ausweg aus dem Labyrinth der Formulare, das bisher nur wenige ausländische Kaufleute zu einer Einkaufsreise nach Deutschland zu verlocken vermochte, wird immer mehr überwuchert.

Es sind für die deutsche „Exportmüdigkeit" genügend Gründe anzuführen, die freilich nicht bei den Deutschen liegen. Da ist einmal die Dollarklausel. Zum anderen wirken auch die bisherigen Clearings-Vorschriften für den Geschäftsverkehr mit dem Ausland hemmend, da sie eine vierteljährliche Saldenbereinigung verlangen, während allgemein in diesem Verrechnungsabkommen eine einjährige Frist üblich ist.

Man ist sich auf beiden Seiten über die Formulierung der Reform einig. Sie soll einmal die Formalitäten wesentlich vereinfachen und zum zweiten die Kontrolle auf ein Mindestmaß beschränken. Die VfW hat den Vorschlag gemacht, der JEIA lediglich eine nachträgliche Kontrolle zu belassen und im übrigen die Individualkontrolle deutschen Fachkreisen zu übertragen. Der Spencer-Plan begrüßt durchaus eine Beteiligung deutscher Stellen an der Verantwortung, aber er will die Einzelgenehmigungen von der JEIA nicht wegnehmen. Die JEIA ihrerseits hat jetzt einen dritten Vorschlag gemacht, nach dem Ausfuhrtreuhandstellen und Einfuhrgemeinschaften errichtet werden sollen, die die Funktionen der bisherigen Außenhandelskontore und der JEIA Zweigstellen übernehmen.

Auch bezüglich der Einreise ausländischer Geschäftsleute in die Bizone hat die JEIA eine Erleichterung geschaffen, indem sie die Aufenthaltserlaubnis auf 30 Tage erweiterte und ihre Zweigstellen ermächtigte, darüber hinaus Verlängerungen zu geben. Im übrigen aber vertreten die alliierten Stellen die Auffassung, daß alle weiteren Reformen vor der Währungsreform und vor dem Anlaufen des Marshallplanes verfrüht sind. (-sch.)

Südwestdeutscher Arbeitsmarkt

Die Kennzeichnung des Mannheimer Arbeitsmarktes ist unverändert: auf der einen Seite Mangel an Arbeitskräften, auf der anderen ständig steigende Nachfrage. Der Bedarf kann auch nicht im entferntesten gedeckt werden, zumal die Hälfte der erfaßten Arbeitslosen nur beschränkt einsatzfähig ist. Der Stand von 14 803 offenen Stellen bedeutet einen Rekord seit August vorigen Jahres. Es wurden dringend gesucht: 1504 Metallarbeiter, vorhanden waren 289, es wurden benötigt 1423 Bauarbeiter, zur Verfügung standen 81, dringend gebraucht wurden 7139 Hilfsarbeiter aller Art, zur Verfügung standen 385 und einem Bedarf von 3445 Bauhilfsarbeiter stand ein Angebot von 36 gegenüber. Eine kleine Erleichterung brachte der Rückgang der Anforderungen der Besatzungsmacht.

Man will inzwischen versuchen, durch die Unterbringung von 500 heimatlos gewordenen Kriegsgefangenen diese zum Arbeitseinsatz im Mannheimer Bezirk zu bringen. Bei einer ärztlichen Reihenuntersuchung in einem Mannheimer Betrieb wiesen von den 1586 Arbeitern und Angestellten mehr als ein Drittel Untergewichte von 10 und mehr Prozent auf, wovon besonders die Jahrgänge unter 30 Jahren betroffen sind. Die Bestrebungen, den Arbeitsplatz zu wechseln und zu kalorienbesseren Betrieben überzugehen, nimmt ständig zu. Die Sachwertprämien mancher Firmen sind eine große Verlockung und entblößen wichtige Industrien von Fachkräften. Vor allem wandern auch Neubürger dahin ab. Beim kaufmännischen und technischen Beruf überwiegt das Angebot, es werden aber nur Fachkräfte gesucht. J. W.

Mineralölpreiserhöhung oder Zollabbau?

Die Deutsch-Amerikansche Petroleum-Gesellschaft schreibt uns dazu folgendes: Obwohl die heutigen ausländischen Mineralölpreise gegenüber 1939 auf das 2—3fache gestiegen sind, sind die deutschen Verbraucherpreise im wesentlichen auch heute noch unverändert geblieben. An den noch immer gestoppten Preisen konnte man auch jetzt noch dadurch festhalten, daß bei der Festsetzung des Preises, den die Importfirmen in Reichsmark heute für Importware zu zahlen haben, nicht etwa der Cif-Preis für ausländisches Rohöl zuzüglich Mineralölzoll zugrundegelegt wird, sondern daß dabei von den Inlandspreisen ausgegangen wird. Dies Verrechnungssystem, das praktisch auf die Anwendung eines gleitenden Zolles hinauskommt, ist natürlich nur so lange haltbar, als mit Rücksicht auf die Stopp-Preise die Durchführung einer ordnungsgemäßen Kalkulation der Mineralölpreise unterbleibt. Wenn man bei den gestiegenen ausländischen Mineralölpreisen die vollen, bekanntlich weit überhöhten Mineralölzollsätze hinzufügen wollte, wäre eine Erhöhung der Inlandspreise unvermeidlich. Es scheint deshalb dringend geboten zu sein, daß die zuständigen Stellen sich möglichst noch vor der Währungsreform mit einer Reform des forderungen der Besatzungsmacht.

Neue deutsche Handelsflotte?

Die französische Zeitung „Le Monde" meldet aus New York, daß das Europa-Hilfsprogramm verschiedene Überraschungen für den Wiederaufbau Westdeutschlands enthalte. Es sei nicht nur die vollständige Einstellung der Demontage zu erwarten, weil man erkannt habe, daß die Maschinen an ihrem eigenen Arbeitsplatz mehr zu leisten vermögen als wo anders. Man denke auch ernsthaft an den Wiederaufbau einer deutschen Handelsflotte. Entsprechende Verhandlungen zwischen den Amerikanern und Engländern seien schon ziemlich weit gediehen. Überschüssige „Liberty"-Schiffe sollen den Zonen zur Verfügung gestellt werden, um mit deutschem Personal unter deutscher Führung bemannt zu werden. Sie sollen unter deutscher Flagge fahren. Man glaubt, auf diese Weise wertvolle Devisen sparen zu können, da lediglich der Brennstoff in Dollar bezahlt werden müsse. Diese Schiffe sollen nicht — wenigstens im Augenblick — für den transatlantischen Verkehr verwendet, sondern auf ein Gebiet beschränkt werden, das die Gewässer zwischen Brest, Island, Schottland, Skandinavien und natürlich Deutschland umfaßt. Man wisse zwar, meint das Blatt, auch in Washington sehr wohl, daß im Potsdamer Abkommen Deutschland nur Schiffe bis zu 1000 BRT zugestanden worden seien, aber man habe keinen Zweifel, daß man bald Mittel und Wege finden werde, um die neue deutsche Handelsflotte bilden zu können. sp.

Die Förderleistung im Ruhr-Kohlenbergbau betrug am 16. Mai 253 003 t. Der Förder-Rückgang wird auf die Ernährungslage der Angehörigen der Bergleute und auf die unsichere Zukunft des Ruhrgebietes zurückgeführt. (Dena)

Gußstahlwerk Gelsenkirchen AG. in Gelsenkirchen. Die Gesellschaft, die als dritter der entflochtenen Stahlwerksbetriebe den Abschluß für das erste, vier Monate umfassende Geschäftsjahr vom 1. 6. bis 30. 9. 1947 vorlegt, schließt ohne Gewinn oder Verlust ab. Dem Rohüberschuß von 0,75 Mill. RM, zu dem noch Subventionen von 0,06 Mill. RM kommen, stehen Personalaufwendungen von 0,74, Pensionsrückstellungen von 0,06, Steuern von 0,08 und Zinsmehraufwand von 0,02 Mill. RM gegenüber. Nach 92 728 RM Abschreibungen (Wertminderung der genutzten Werksanlagen) ergibt sich ein Verlust von 175 621 RM, der durch die Treuhandverwaltung übernommen wurde. Der Abschluß ist damit ausgeglichen. (WID)

Stahleinfuhr nach Westdeutschland. Die JEIA verhandelt zur Zeit mit Luxemburg über die Einfuhr von Stahl nach Westdeutschland. Der Stahl soll in erster Linie für den Maschinenpark des Ruhrbergbaues verwendet werden. Wie JEIA-Vertreter erklärten, wird die Einfuhr von Stahl trotz der vorhandenen Schrottmengen erwogen, weil Luxemburg Stahlblech oder Walzstahl liefern kann. Bisher sei noch keine genaue Erfassung des Schrotts erfolgt. Die Schrottmengen seien auf jeden Fall größer als verwertet oder ausgeführt werden könne. Schätzungen bewegen sich zwischen 1 200 000 und 10 Mill. Die JEIA-Vertreter weisen darauf hin, daß die Bizone aus technischen Gründen monatlich aber nicht mehr als 60 000 t exportieren kann. (AP)

Die Produktion der Schreibmaschinenindustrie in der Bizone ist gegenwärtig auf monatlich 2 000 Maschinen gestiegen. Man erwartet, daß sich diese Zahl bis Ende des Jahres auf 3 000 erhöhen wird. Die Gesamtproduktion für 1948 wird auf 20 000 bis 30 000 Maschinen geschätzt. Nach der Bizonen-Verschmelzung haben zwei neue Werke im Gebiet von Hamburg und Wilhelmshaven die Produktion aufgenommen. Im nächsten Jahr hofft man, die ersten Maschinen für den Export bereitstellen zu können. (AP)

Herausgegeben unter Militär Regierungs-Lizenz US - WB - 101. Verantwortl. Schriftleiter W. Schwerdtfeger (in Urlaub) u. Wilh. Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Nachrichten-Agentur), DPD (Deutsch. Pressedienst Britische Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachricht.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Philipp Beck, Glasermeister, m. lb. Mann, Brud., Schwg. u. Onk., ist a. 23. 5. sft. entschl. Die Best. f. in all. St. statt. I. N. d. Angeh.: Else Beck, Durl., Funkerstr. 19.
Johann Wirthwein, Rb.-O.-Sekr. a. D., m. lb. Mann, uns. treus. Vat., Schwgv. u. Opa, hat a. 31. 5. v. u. Absch. gen. Beerd. 3. 5., 10.30, Hptfr. Wilh. Wirthwein u. Ang.
Berta Meder geb. Kistner, m. lb. Frau, versch. am 29. 5. n. schw. Krankheit. F. d. überar. Teiln. u. Bl.-Sp. dk. ich herzlich. Josef Meder, Karlsruhe, Geibelstraße 1.
Frieda Fritz geb. Hänsler, m. lb. gt. Frau, Mutt., Oma u. Schwgm., ist i. A. v. 66 J. n. kz. Krkh. v. uns gesch. Beerd. 3. 6., 11.15, Hptfr. Hinterbl.: Pet. Fritz m. Ang.
Eugenie Holl, R.-Kreuz-Schw. i. R., i. a. 1. 6. n. arbeitsr. Leben heimgeg. Beerd. 4. 6., 11.30 U., Hptfr. Familien Holl u. Idler. Trauerhaus: Karl-Wilhelm-Straße 20.
Karl Vogel, Kraftf., m. lb. Mann, gt. Vat., Grßv., Schwgv. u. Brud., ist a. 1. 6. n. schw. Ld. sft. entschl. i. A. v. 48 J. Luise Vogel, Kaiserstr. 25. Beerd. 4. 6., 12.15, Hptfr.
Wolfgang Spöhrle, uns. lb. Kind, ist von uns geg. Beerd. 3. 6., 14 Uhr, Frdh. Mühlburg. Fam. Spöhrle u. Angeh.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Margarete Lindmayer — Walter Guth, Buntestr. 1, Renckstraße 11. 30. Mai 1948.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Bernhard Beck — Alice Beck geb. Hill, Khe., Nowackanlage 15, Gebhardstr. 16. Tr.: 5. 6., 11.30, Christuskirche.
Hugo Dürr — Kriemhild Dürr geb. Nacken, Tr. 5. 6., 14.30 Uhr, Christuskirche, Stuttg., Liststr. 30, Khe., Südendst. 30.
Adolf Huber, Drogist — Trudl Huber geb. Stroh, Bruchsal, Gartenweg 11, Wiesloch, Hauptstraße 95.
Otto Deck — Elli Deck geb. Trumpp, Rüppurrer Straße 73. Trauung: 5. 6. 48, 13.30 Uhr, Christuskirche.

Amtliche Bekanntmachungen

Gemüse: Es werden für alle Verbraucher aufgerufen: 500 g Kohlrabi auf Abschnitt 116, 500 g Blumenkohl auf Abschn. 118, 250 g Obst auf Absch. 120 des Beiblattes zum Karlsr. Haushaltausweis. Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Zucker: Zur Belief. m. Rohzucker werd. freigegeben: Der Abschnitt m. Aufdr. „200 g Zucker oder 250 g Kunsthonig", der Abschn. üb. 250 g Zucker m. Aufdruck „A" sowie die Kleinabschn. über je 10 g Zucker. Nach Vorratslage können ausgegeben werden: Zuckerwaren auf die Kleinabschnitte, Kunsthonig auf den vorgesehenen 200-g-Zucker-Abschn., Marmelade im entspr. Umrechnungsverh. auf alle aufgeruf. Abschnitte. Säuglinge u. Mütter (70) erhalten auf sämtliche mit Mengenaufdruck versehenen Zuckerabschnitte Weißzucker.

Zucker statt Kartoffeln. Für Verbr. unt. 3 J. werden an St. von nichterhalt. Kartoff. weitere 100 g Rohzucker auf Abschn. 119 d. Beibl. z. Karlsruher Haushaltausweis mit Kennzeichen „0—1 J." und „1—3 J." ausgegeben.

Nährmittel. Der Nährmittelabschnitt 1 mit einem Mengenaufdruck 250 g all. Lebensmittelkarten — mit Ausnahme der Karten 13, 23 und 33 — ist ausschließlich mit Maiserzeugnissen zu belief. Suppenerzeugnisse dürfen hierauf nicht abgegeben werden. Der Abschn. 1 muß getrennt abgerechnet werden. Ern.-Amt Khe.-Stadt, -Land.

Kartoffeln: Nach Bevorratung des Handels werden für die 1. Dekade der 115. ZP. an alle Verbraucher auf die Kartoffelabschnitte ausgegeben: 3000 g Kartoffeln auf Abschn. 115/01 I oder 115/02 I. Wegen der Belieferung der Zulagekarten erfolgt noch besonderer Aufruf. Abrechnung mit Bestandsangabe ist sofort nach Verkauf beim Ernährungsamt Karlsruhe-Land vorzulegen.

Trockenmagermilch: Nach Bevorratung des Handels auf Grund der seinerzeitigen Vorbestell. erfolgt Ausgabe von 100 g Trockenmagermilch an alle über 20 Jahre alten Normalverbraucher und TSV in Fleisch (Kartenzahl 11 u. 31) auf Abschnitt 412 der Lebensmittelkarte der 114. Z.-P. Jugendliche und Kinder im Landkreis Karlsruhe erhalten diese Zuteilung nicht. Ern.-Amt Karlsruhe-Land.

„Das rote Kreuz", Schwesternschaft Karlsruhe, nimmt junge Mädchen auf, die sich als Krankenschwester ausbilden wollen. Alter nicht unter 18 J. Gute Schulbildung (auch Volksschule) vorausgesetzt. Bewerbungen an: Rotes Kreuz Schwesternschaft, Karlsruhe, Kaiserallee 10.

Es wird darauf hingewiesen, daß das Rauchen in Waldungen in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober verboten ist. Bad. Forstamt, Karlsruhe-Hardt.

Anordnung über das Betreten der Feldfluren zur Nachtzeit. Es wird darauf hingewiesen, daß n. d. Anordn. d. Herrn Oberbürgermeisters v. 31. 7. 46 a. d. ges. Gemark. Karlsruhe i. d. Zeit v. Beginn der Abenddämmerung b. z. Ende der Morgendämmerung das Betreten der Feldfluren, der Weinberge, der innerh. d. Feldfluren geleg. Gärten, der Kleingartenanlagen, d. Wiesen sowie der Feldwege verboten ist. Die zuständ. Polizeireviere können, wenn ein berecht. Interesse hierfür nachgewiesen wird, zuverläss. Grundeigentümern od. von diesen beauftr. Personen den Zutritt zu ihrem Grundstück auch während d. Verbotszeit gestatten u. ihnen einen entspr. Ausweis ausstellen, der neben d. Kennkarte b. Kontrollen vorzuzeigen ist. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Geld bis zu 150.— RM od. m. Haft bestr. Städt. Tiefbauamt Khe.

Nachricht über Auszahlungen an ehemalige Kriegsgefangene der US-Armee. Am 8. März 1948 gab die Finanzabteilung der Militärregierung bekannt, daß die Verantwortung für Zahlungen an ehem. deutsche Kriegsgefangene der USA in Kürze einer deutschen Stelle übertragen würde. Heute wurde mitgeteilt, daß es zur Vorbereitung dieser Übergabe nötig sein wird, die Tätigkeit der besteh. Zahlstellen Ende dies. Mon. einzustellen. Ehem. deutsche Kriegsgefangene der USA, die versäumen sollten, im Laufe d. Mon. die ihnen zustehenden Beträge abzuholen, werden ihre Forderungen bei einer für diesen Zweck zu errichtenden deutschen Stelle einreichen müssen.

Beteiligungen

Feinmechanik, Elektrotechnik, Apparatebau, Beteilig. ges. Größere Rohmat.-Bestände, Masch. u. Herstellungsrechte u. Kapital k. eingebr. werd. ✉ 6701 a. Bad. Ann.-Exp., Khe., Zähringerstraße 90.

Immobilien

Kl. Hotel - Grundstück oder Restaurant v. Fachmann, Bes. mittl. Hotels (Ostzone) zu kf. od. pacht. gesucht. Karl Besold, Schöningen/Braunschwg., Augustastr. 12.

Fabr.-Räume f. mech. Weberei zu kauf. od. pacht. ges. ✉ u. K 506 an Anz.-Union, Hamburg 1, Pressehaus.

Wohnhaus m 4 Wohn., Nähe Heidelberg, mit 1400 qm Obst- u. Gemüsegarten zu verk. 3-Z.-Wohn. m. Kü. u. Bad sowie Wohn., 1 Zi., Kü., Bad, Laderaum oder Büro m. Kamm. demnächst frei. ✉ K 3788 an Werbekreis G.m.b.H., Heidelberg, Hauptstraße 122.

Industriegelände, 3—5000 qm, mit Anschlußgleis zu pachten gesucht. Vorkaufsrecht Vermittl. erw. ✉ unt. P 51 an AGA Anzeigen-Zentrale, Worms.

Bauplatz, 800—1000 qm, mögl. Oststl., Rinth., z. Erstell. v. Lagerhalle z. miet. ges. ✉ u. 6494 an Bad. Ann.-Exp., Khe., Zähringerstraße 90.

Tiermarkt

Milchziege zu kaufen gesucht. ✉ unter 8195 an BNN.

Jüng. Arbeitspferd (schweres od. mittelschw.), fehlerfrei, söf. zu kf. ges. Gute Nutz- u. Fahrkuh od. Milchkuh k. in Tausch geg. werden. S. Hammer, Östringen, Hauptstraße 507.

Alt. Kuh, evtl. Schlachtkuh, gg. jüng. Nutzkuh m. Aufgeld. K. Rau, Spielberg, Haus Nr. 39.

Verkauf und Verleih

PKW, als Lieferwägelchen umgebaut, fahrbereit, zu verkf. (Taxwert). ✉ unter K 2032 K BNN.

Kipper m. Blechpritsche für US.-Dreiachser z. Schätzwert z. verk. ✉ 8227 BNN.

Gr. Mischmaschine, ca. 2 Ztr. fass., (200 RM), ferner Knochenmühle (200 RM) zu vkf. A. Gropp, Marxzell.

Waschmaschine, komb., mit Schleuder, el. Antr., 220 V, u. Gasheizg., zu verkauf. 800.— RM. ✉ 8231 BNN.

Kauf- und Leihgesuche

PKW f. 4—6 Wochen wegen Rep. des eig. Wagens zu leih. ges. Dr. med. W. Kuhn, Khe., Helmholtzst. 18, T. 5141.

PKW, mit od. ohne Fahrer, zu miet. ges. ✉ 8215 BNN.

Autoreifen, Motorradreifen u. Schläuche v. Betr. zu kauf. ges. ✉ u. 6531 an Bad. Ann.-Exp., Karlsruhe, Zähringerstraße 90.

Farbfotos v. Kunstdenkmälern z. k. ges. (nur deutsche!). ✉ m. Objektangabe dring. erb. u. M.Z. 6708 an Ann.-Exped. Carl Gabler, München 15, Aiblingerstr. 2.

Fernsprechapparat (Selbstwähler) kauft drgd. Heimwerk, Philippsburg (17a).

Pappen-Abfälle (Mindestgr. 12 × 30 cm) od. Ganzstücke sowie Kartonag. lfd. f. Hausschuhfabrikation zu kaufen gesucht. Heimwerk, Philippsburg 1, Baden.

Tauschgesuche

Gebotenes an erster Stelle

2 Scheibenräder, 115 cm Ø, m. Schwammgummi, f. Langholz od. Zweiradanh., u. 4 Zwill.-Felg. 20" 5 Loch (Ford) gg. Reifen 7,50—20 u. 4 ger. Felg. 20". W. Koch, Bildhauermstr., Öschelbronn.

Elektro-Motor, 4 PS, 3000 Upm., 220/380 V., gg. Büro-Schreibm. Tel. Khe. 5646.

Elektro-Motor, 4 PS, 3000 Upm., 220/380 V., gg. 4-PS-Mot., 120/220. Tel. Khe. 5646.

1½ To. - Lastwagen „Ford", gut bereift, gegen 3 To.-Anhänger, gleichwertig. ✉ an „Glückauf-Büro", Bühl/Baden, Poststraße 6 oder Postfach 26.

Unterricht

Private Fachschule für das Dolmetscherwesen Württb./Baden, Niederlass. Khe., Hübschstr. 32. Staatl. anerkannt. Ausbild. zum Dipl.-Dolmetscher u. staatl. gepr. Übersetz. Schulbeg. 1. 9. 48.

Tanz- u. Steppschule Eisele, Khe., Sophienstr. 35. Für Anf.-Kurs noch einige Anmeldungen †, Damen erbet.

Tanzschule Wurmbach. Beginn neuer Kurse: Gesellschaftstanz bis zur Turnierreife, Gymnastik f. Frauen u. Kinder. Anmeld.: Kaiserallee 99 (Hst. Rich.-Wagnerstraße).

Geschäftliches

Ärztl. u. sanitäre Textilwaren: Großh. bietet Aufbauhilfe (Baustoffe, Rohmat., Masch.) bei Übertrag. v. Generalvertretungen. Auslief.-Lg. vorh. ✉ u. A.C. 1209 an Büscher & Sarx, Anz.-Vermittl., (21b) Siegen i. W., In der Grobe 5.

Selbst. lohn. Tätigkeit ges. mit Büro u. Schreibmasch.! Evtl. Übern. eines Büros od. Auslief.-Lag. in Khe. ✉ unter 7891 an BNN.

Fabrikanten u. Exporteure erhalten neueste Schweizer Preise u. Importzollsätze v. Rudi Schulze, Gräfelfing b. München.

Mittelamerikan. Handelshaus sucht erstkl. Vertretungen, Lizenzen od. Herstellungsrechte f. Mittelam. u. Kolumbien ✉ 6290 an BNN.

Handelsvertreter erhalten wöchentlich alle offenen Vertretungen sämtl. Zon. nebst wirtschaftl. Kurznachrichten für RM 10,— monatl. durch „Der Eilbrief", (21a) Gütersloh, Postfach 454.

Großhandl., Nähe Osnabrück, übern. Gen. - Vertretungen, evtl. m. Ausl.-Lag. a. eig. Rechn. v. ser. Herst.-Firm. Lag. m. Anschl.-Gl. Verp.-Kisten unbegr. vorh. ✉ z. Weiterl. a. H. Fäth, (21a) Bruchmühlen/W.

Große Gesch.-Ausweitung für Baustoffhandl. od. Ing.-Büro durch Gen.-Vertrieb neuartig. Bausteine im In- und Ausl. Evtl. stille od. tät. Beteil. geb. ✉ 7298 BNN.

Brombeerblätter-Sammeln bietet guten Verdienst! Meldung schon jetzt bei Frdr. Kraushaar, Teefabrik, Gaildorf/Württ.

Welche Werkküche übern. Mittagessen für 30 Mann? ✉ unter 6298 an BNN.

Auslieferungslager u. Vertrieb zu vergeben. Bürokartonnagen u. Druckerzeugnisse (krisenfest). 600.— RM Kaution erforderl. Werbebüro Schüßler, Aschaffenburg (Main), Erthalstraße 4.

Sammelstellen für Weinbergschnecken gesucht. ✉ u. 7238 an BNN.

Auswanderung — Südamerika: Vorschr. u. Möglichk. auf Gr. amtl. Unterl. d. Hankel, (23) Nordhorn, Freiumschl.

Export! Westd. Export- und Importfirma mit groß. Auslandskundenkreis su. Verbind. mit deutsch. Erzeuger- und Großhandelsfirmen. In Frage kommen nur konkurrenzfäh. Artikel u. Waren, die den heut. Ansprüchen d. Auslandsmarktes genügen. ✉ u. DAVK, Zweigkontor Khe., Hohenzollernstraße 29.

Vertreterfirmen m. Reisenden, die über gt., trockene Lagerräume u. Transportmittel verfügen, f. Nährmittelvertrieb ges. ✉ unt. M. T. 5985 bef. Ann.-Exp. Carl Gabler GmbH., München 1, Theatinerstr. 8/I.

Wandergewerbe für Warenhandel abzugeben. ✉ unt. 8148 an BNN.

Welche Firmen nehmen Heilpflanzen u. Kräuter ab? (Lfd. groß. Mengen) ✉ mit Ang. d. Sort. u. evtl. Bed. u. 5985 an Bad. Ann.-Exp., Khe., Zähringerstraße 90.

Theaterwissenschaftler prüft Manuskripte auf Bühneneignung (ggf. durch Studio-Aufführung). Jörg Fromberg, (24a) Hamburg-Volksdorf, Horsberg 2—4.

Erf. Architekt wünscht Zusammenarbeit mit Berufskollegen, auch auswärts. ✉ u. 6576 an BNN.

Ausbau v. Privatwohnungen: Leistungsf. Firma beteiligt sich lfd. Materialbeschaffg. wird übern. ✉ 8165 BNN.

Koppelungsgeschäfte m. Waldhof-Nährflocken: Aus Verbraucherzuschriften ist ersichtlich, daß vielfach die Abgabe d. „Waldhof-Nährflocken" v. d. gleichzeit. Kauf and. Nährhefe-Erzeugnisse abhängig gemacht wird. Solche Koppelungsgeschäfte sind unzulässig. derart. Ansinn. zurückzuw.

Besitzer von Frigidaire Haushaltskühlschränken! Bitte geben Sie Ihre Anschrift der für Sie zuständ. Kundendienststelle, nämlich der Firma Karl Rütgers o.H.G., autoris. Großhändler der Frigidaire Haushalt - Kühlschränke, Mannh. - Neuostheim, Holbeinstraße 26, Tel. 44032 sofort bekannt.

Salzgroßhandlung in Hessen m. gt. Verbind. z. Landesproduktengesch. su. Vertretung v. Düngemittelfabrik. u. Saatgutwirtsch. ✉ „Vit". Berolina-Wirtschafts-Berat., Bln.-Neukölln, Pflügerst. 18.

Autowerkstätten überall ges. f. Einbau bewährt. Holzkohlen-Generators. Holzkohle gesich. Einige Vertretungen noch frei. Gottfried Schäfer, (14a) Winnenden (Württ.), Postf. 8/A.

Wer übernimmt Neubesaitg. v. Tennisschlägern (auch Reparatur) bei Gestell. des Saitenmaterials? ✉ unter K 1542 K an BNN.

Bausand kostenlos abzugeben. Müller, Karlsruhe, Ludw.-Marum-Straße 38.